

Deutscher Reichstag.

Die Haupt- und Staatsaktion der Beantwortung der Anfragen Baffermann und Müller-Meinungen begleiten die unvermeidlichen Zwischenrufe des Reichshysterikers Liebknecht. Er „enthüllt“, daß es sich bei diesen Anfragen um bestellte Arbeit handle — eine wirklich ganz außerordentliche Entdeckung! —, und teilt weiterhin „zur Geschäftsordnung“ mit, daß hier die Wahrheit ersticht und das Volk betrogen werde. Das Haus murrte, und der Präsident quittierte durch den fälligen Ordnungsruf. Es handelt sich um „kleine Anfragen“; daher ist es eine Neuheit, daß Oberst Friedrich die Beantwortung der Anfrage Müller-Meinungen nicht verliest, sondern frei vorträgt. Die Aussprache über die Ernährungsfragen nimmt ihren Fortgang. Der konservative Schiele spricht im Verlauf seiner Ausführungen von der Mißernte, die wir gehabt hätten. Darob gibt es im Hause einiges Entsetzen; warum, ist nicht recht verständlich, denn eigentlich ist ja die Lage über schon immerfort die Rede davon gewesen. Zum Ueberflus erklärt Unterstaatssekretär Michaelis feierlich, daß der Ausdruck zu weit gehe und nicht etwa dem entspreche, was er selbst vorgestern habe sagen wollen. Werner-Gießen als Mitglied der Wirtschaftlichen Vereinigung behauptet seinerseits, daß von einer Mißernte nicht die Rede sei; er ergeht sich dann in längerer Brandmarkung des „Bucher-Geistes“, der im Volke umgehe, und zwar so ausführlich, daß Präsident Paasche den Redner mit leiser Warnung unterbricht. Auch in diesem Punkte könne man des Guten zuviel tun. Schließlich kommt noch einmal Herr Schiele selbst und erklärt, er sei mißverstanden worden. Noch wird ein wenig über die Schweinefleischschädlerei geredet; insbesondere lacht der Abgeordnete Fischbeil über die Beteiligung auch derer an dem Blutgericht festzustellen, die heute „dem armen Schwein“ ihre Tränen nachweinen. Dann kommt es zur Abstimmung und damit zur Beendigung des Vortages. Von den Bänken der Genossen geht unterdessen ein böses Rausen aus, man habe dem Erörterungsbedürfnis des Reichstags zu den Ernährungsfragen nur deshalb die Zügel so willig schießen lassen, weil man die Wiederaufnahme der Auseinandersetzung in der Presse hinterdrein um so entschlossener einschränken wolle. Die Arbeitsleistung, die dem fleischlosen Tage gedacht ist, hat übrigens noch nicht ihr Ende erreicht. Die Wohlfahrtsfragen wollen auch noch erörtert sein. Stunde um Stunde verrinnt, die Tribünen sind längst leer, und auch im Hause sieht es immer öder aus. Es sind die Stimmen von Predigern in der Wüste; aber sie sind nicht immer des Anhörens wert. Die Auseinandersetzung geht mehr in die Breite als in die Tiefe; man erzählt ausführlich unverständliche, leider aber unabänderliche Dinge, mit denen man sich und anderen besser einstweilen das Herz noch nicht schwer machen sollte. So, daß für viele ihre Einberufung eine verhängnisvolle wirtschaftliche Störung ist. Oder daß die Frauenarbeit in den industriellen Betrieben während des Krieges eine unerfreulich große Rolle spielt, und daß dabei die Friedensbestimmungen nicht immer peinlich innegehalten werden können. Es ist leider so; wie aber soll man es anders machen? Ministerialdirektor Caspar versichert, daß die Regierung sich der Wichtigkeit des Frauenschutzes auch in diesen Tagen wohl bewußt sei, ihr Möglichstes tue und weiter tun werde. Genosse Brandes erwähnt die Drohung des militärischen Leiters eines großen Fabrikbetriebes für Heeresbedarf in Mitteldeutschland, Arbeiter sofort in den Schützengraben. Abg. Stresemann, dessen Rede die Debatte wieder auf eine achtbare Höhe hebt, gibt diesen Mann im Namen der Industrie unbedingt preis und betont als Gegenstück zu dessen Ungeschicklichkeit das stets besonders entgegenkommende und taktvolle Verhalten der Militärbehörden auch den Arbeitern gegenüber, wo irgend Verhandlungen während des Krieges notwendig geworden seien. Er berührt die großen Fragen der Aufrechterhaltung unserer Ausfuhrbeziehungen während des Krieges und der Entmilitarisierung nach ihm, bei der die Gefahr zeitweiliger Arbeitslosigkeit der entlassenen Reservisten großer Aufmerksamkeit bedarf. Er warnt schließlich, jetzt Vergleiche über die Frage anzustellen, wer sich im Kriege die größeren Verdienste um die Nation erworben habe, die Industrie oder die Landwirtschaft. Zu gutem Ende taucht noch eine Frage auf, in der die Reime zu häßlichen und überaus unerfreulichen Zankereien liegen, nämlich die hinfälligkeit Unparteilichkeit in der Verteilung der Zuwendungen an Ostpreußen unter politischen Gesichtspunkten. „Lassen Sie die Finger davon!“ rät der konservative Kreth, „Sie wissen nicht, was Sie anrichten! Denken Sie an künftige Wahlen! Was an Börsartigkeiten bei einer ostpreussischen Wahl zutage gefördert wird, weiß nur der, der es mitgemacht hat!“ Schließlich werben, wie in den Ernährungsfragen, auch hier die Entschließungen des Ausschusses angenommen.

29. Sitzung, Freitag, den 14. Januar 1916, 11 Uhr.

Die Ernährungsfragen.

(Fortsetzung aus dem Abendblatt.)

Abg. Schiele (kons.) fortsetzend: Die Frage der Preise ist nebenbei. Es soll ein geheimer Ausgleich stattfinden. Wir sind alle ganz einig darin, daß der Wohlhabendere für den Armen mithelfen muß. (Zustimmung rechts.) Aber ehe die Deckung der Versorgung zu kurz wird, ist es besser, höhere Preise zu ertragen. Die Produktion wird auch dadurch beeinträchtigt, daß die Verwendung des künstlichen Düngers erheblich nachgelassen und auch der Stalldünger an Stickstoff, Phosphor- und Kaligehalt eingebüßt hat. Warum wird nicht die Torfstreu vermehrt der Landwirtschaft zugeführt, warum wird ihr nicht die neue Stickstoffquelle zugänglich gemacht? Der Landwirtschaft darf nicht durch unnötige Bezugsschwierigkeiten die Anwendung des Kalkstickstoffs unmöglich gemacht werden. Jeder Landwirt weiß, daß er die Produktion erhöhen muß, er versteht den Ernst der Lage. Ungeheure Vermögen durch Konjunkturgewinne zu erwerben, ist er nicht in der Lage. Die günstigen Abflüsse der Zuckerfabriken sind zum Teil darauf zurückzuführen, daß sie mit erheblichen Vorräten in das neue Jahr eintreten. Die Berechnung, daß die Produktion eines Zentners Kartoffeln 1,20 M. koste, beruht auf falschen Grundlagen. Der Geldstrom aus der Landwirtschaft, von dem geredet wurde, mag in der Tat beängstigend sein, aber in ganz anderem Sinne. Wenn soviel Geld aus ihr herausgenommen wird, wie es geschieht, besteht die Gefahr, daß das auf Kosten der Bodenpflege geschieht. Auch wir erkennen an, daß dem kleinen Gewerbestand geholfen werden muß, namentlich müssen auch den kleinen Beamten Leuerungszulagen zukommen. Bei der Versorgung der Städte mit Lebensmitteln ist vor allem der Kleinhandel zu beteiligen, wie wir es in unserer Resolution vorschlagen. Heute schöpft der Großhandel meist den Rahm ab. (Beifall rechts.) Die kleinen Mühlen könnten sehr wohl mit Arbeit bedacht werden im Zusammenhang mit den Selbstversorgungsverbänden. Bei den Schweinefleischpreisen ist der Hauptmangel, daß die Reichsregierung nicht auch die Höchstpreise für Schweinefleischfabrikate festgesetzt hat. Die landwirtschaftlichen Er-

zeugungsbedingungen verdienen jetzt und nach dem Kriege eine um so pfleglichere Behandlung, als sie jetzt als Angelegenheit des ganzen Volkes erkannt sind. (Beifall.) Wir müssen eine mittlere Linie zwischen Erzeuger und Verbraucher finden.

Keine Mißernte.

Unterstaatssekretär Michaelis, Präsident der Reichsgesellschaft:

Der Vorredner hat an einer Stelle davon gesprochen, wir ständen vor einer vollen Mißernte. Das könnte irreführen, namentlich wenn der Ausdruck von sachverständiger Seite kommt. Ich habe nur von Schwierigkeiten in der Beurteilung der dies